

## Anfrage

der Abgeordneten Dr. Helga Krismer-Huber an  
Herrn LH Dr. Erwin Pröll  
gemäß § 39 LGO betreffend **Meinungsumfrage**

### Begründung:

Derzeit wird in Niederösterreich von einem großen Meinungsforschungsinstitut eine Umfrage durchgeführt. Telefonisch wird ein sehr umfangreicher Fragenkatalog bei den LandesbürgerInnen abgefragt. Die InterviewerInnen geben an, dass diese im Auftrag vom Land Niederösterreich erstellt wird.

Der Fragekatalog beinhaltet etwa Fragen nach der allgemeine Zufriedenheit, nach dem Heimatbegriff und -gefühl, über die EU-Erweiterung und Grenzöffnung, über Fremdenfeindlichkeit, über das Vereinswesen in Niederösterreich, nach der Einschätzung des eingeschlagenen politischen Weges in NÖ, nach der Positionierung des Landes in der EU und reicht bis zu Fragen nach dem Wahlverhalten und der so genannten „Sonntagsfrage“.

Wenn die Landesregierung diese skizzierte Meinungsumfrage durchführen lässt, hat das Ergebnis in einer modernen Demokratie eine unzensurierte Öffentlichkeit: Denn vom Volk (Steuermittel und Meinung) zum Volk (Auswertung). Die Umfragegestaltung ist in diesem Zusammenhang zu hinterfragen: Welchen Nutzen die NÖ Bevölkerung aus einer Umfrage, wie mit einer „Sonntagsfrage“ ziehen soll, kann wohl nur die Landesregierung beantworten.

Die Unterfertigte stellt daher an den Herrn Landeshauptmann folgende

### **Anfrage**

1. Trifft es zu, dass derzeit eine solche Studie erstellt bzw. Meinungsumfrage durchgeführt wird?
2. Wer hat die Durchführung beschlossen, von wem und wann wurde diese in Auftrag gegeben?
3. Welches Institut erstellt die Studie?
4. Wer war von Seiten des Landes in die Konzeption der Studie eingebunden?
5. Wie lautet der Fragenkatalog im Wortlaut, wie hoch ist der Sample, wie und nach welchen Kriterien wurde dieser ausgewählt?
6. Wie viel kostet die Erstellung der Studie und wer trägt die Kosten?
7. Welches Interesse hat die Landesregierung am Wahlverhalten der LandesbürgerInnen? Wozu benötigt das Land Niederösterreich diese Informationen?
8. Wann wird die Studie vorliegen? Gibt es schon Zwischenergebnisse und wenn ja welche?
9. Wird diese Umfrage und ihre Ergebnisse öffentlich für die Bevölkerung zugänglich sein, z.B. via Landes-Homepage?

LAbg. Dr. Helga Krismer-Huber